

CHINA

Roter Aberglaube

Unter Chinas Kommunisten grassieren nicht nur Prunksucht, Völlerei und Korruption, sondern auch Mystizismus und Geisterglaube. Statt sich an den Gedanken Mao Zedongs und seiner Nachfolger zu orientieren, so warnen chinesische Experten kurz vor dem Treffen des Zentralkomitees im November, ließen sich KP-Mitglieder zu „unscharfem Denken“ hinreißen. Glaube und Aberglaube, für die KP-Ideologen im Grunde dasselbe, seien weitverbreitet, auch unter hochrangigen Funktionären, wie die jüngsten Korruptionsprozesse zeigten. Der ehemalige Eisenbahnminister Liu Zhijun, im Juli zu einer Todesstrafe auf Bewährung verurteilt, ließ sich bei der Planung großer Infrastrukturprojekte von Feng-Shui-Meistern beraten. Der im September zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilte Spitzenpolitiker Bo Xilai soll sich mit Esoterikern umgeben haben. Und eine wegen Bestechlichkeit angeklagte Funktionärin aus der Provinz Heilongjiang wurde dabei erwischt, wie sie in ihrer Zelle klagte: „Buddha, warum segnest du mich nicht?“ Die Partei vermittele ihren Mitgliedern offenbar kein hinreichendes Gefühl von Zugehörigkeit mehr, so die Experten. Bei einer Umfrage von 2006 gaben 28,3 Prozent der Befragten an, sie glaubten an Wahrsagerei, 18,5 Prozent glauben an chinesische Traumdeutung und 13,7 Prozent an Horoskope.



Opferbergung durch Regierungssoldaten in der Provinz Latakia

SYRIEN

Tödliche Allianz

Das Massaker an alawitischen Zivilisten ist eine weitere Eskalation im Bürgerkrieg – und es zeigt die fatalen Folgen der Liaison von syrischen Rebellen und ausländischen Dschihadisten. Nach einem vorige Woche veröffentlichten Bericht von Human Rights Watch wurden bei einem Angriff von Dschihadisten wohl 190 Zivilisten ermordet. Erstmals seit 2011 durften die Menschenrechtler, denen zuvor von Damaskus die Einreise verweigert worden war, im Nordosten der Provinz Latakia recherchieren. Sie fanden heraus, dass unter Führung vor allem tunesischer und marokkanischer Radikaler des Qaida-Ablegers „Islamischer Staat im Irak und in Syrien“ ab dem 4. August mehr als zehn Dörfer attackiert wurden, von denen aus das Militär seit einem Jahr die sunnitischen Nachbarorte mit Panzern beschossen hatte. Geflohene Dorfbewohner berichteten von 67 Zivilisten, die von den Dschihadisten

umgebracht wurden. Bei weiteren 59 sei die Todesursache unklar, möglicherweise, weil die Armee die Dörfer danach mit Artillerie angriff. Weitere 64 Opfer wurden von einem Regierungskrankenhaus gemeldet. Trotz dieser Unklarheiten zeigt die Tatsache, dass bis zu 200 Frauen und Kinder entführt wurden, das massive Vorgehen gegen Zivilisten – das die syrischen Rebellen bisher vermieden haben. Doch die Dschihadisten schüren gezielt den Hass; der Bürgerkrieg und die Instabilität nutzen ihnen. Die Entführten wollten sie offenbar gegen etwa 400 vom Regime inhaftierte Frauen austauschen. Gegenseitige Geiselnahmen kommen öfter vor, um Gefangene freizupressen. Doch in diesem Fall hat Damaskus bislang kein Interesse gezeigt: Keiner der hohen Regimefunktionäre stammt aus der Gegend, entsprechend gering ist offenbar der Druck, auf die Forderung einzugehen.

RUSSLAND

„Wir stellen uns“



JULIA ZIMMERMANN/LAIF

Greenpeace-Chef Kumi Naidoo, 48, über die inhaftierten Aktivisten der „Arctic Sunrise“, die in Murmansk wegen Piraterie angeklagt sind – worauf bis zu 15 Jahre Gefängnis stehen

SPIEGEL: Sie haben sich Präsident Wladimir Putin als menschliches Pfand angeboten, um die Freilassung der Aktivisten auf Kautions zu erwirken. Warum diese heroische Geste?

Naidoo: Seit über drei Wochen sitzen unsere Leute in russischer Haft, unser Antrag auf Kautions wurde mehrfach abgelehnt. Offenbar sehen die Behörden Fluchtgefahr, weil viele unserer Aktivisten nicht aus Russland stammen. Mein Angebot ist daher eine Geste des guten Willens: Wir stellen uns einem Verfahren, aber es muss fair sein.

SPIEGEL: Putin hat gesagt, dass er sich nicht in die Ermittlungen einmischen will. Wieso denken Sie, dass er helfen wird?

Naidoo: Putin hat ebenfalls geäußert, dass er die Piraterievorwürfe für übertrieben hält. Das ist ja auch absurd. Unsere Leute haben friedlich auf die Umweltrisiken durch die Ölförderung in der Arktis aufmerksam gemacht.

Und auch wenn wir es begrüßen, dass Putin auf die Trennung von Exekutive und Judikative hinweist – ganz so strikt ist diese in den meisten Staaten am Ende doch nicht.

SPIEGEL: Laut den Ermittlern wurden auch Drogen an Bord gefunden.

Naidoo: Bevor das Schiff den Hafen in Norwegen verlassen hat, haben die dortigen Behörden es durchsucht und keine illegalen Substanzen gefunden. Wir halten diese Vorwürfe für eine Schmutzkampagne.

SPIEGEL: Was für ein Interesse hätte Russland daran?

Naidoo: Indem man uns dämonisiert, lenkt man vom eigentlichen Thema ab: dass uns die Zeit davonläuft, um den Klimawandel zu stoppen.